



# WIESBADEN



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Umwelt, Energie und  
Sauberkeit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 23.01.2014

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit  
am Dienstag, 28. Januar 2014, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 03.12.2013
2. **14-F-33-0003**

Blaues Band  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 15.01.2014

Der Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode zwischen CDU, CSU und SPD sieht als Teil des  
'Hochwasserschutzes' (S.120) unter anderem vor:  
'Es wird ein Bundesprogramm „Blaues Band“ aufgelegt, um die Renaturierung von  
Fließgewässern und Auen zu fördern (...).'

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

sobald das Programm hinreichend präzisiert vorliegt

- 1. darzulegen, für welche Fließgewässer und Auen in Wiesbaden das Bundesprogramm Anwendung finden kann.
- 2., zu prüfen, bei welchen Projekten eine sinnvolle und zeitnahe Fördermöglichkeit für Wiesbaden besteht.

### 3. 14-F-03-0003

Bodenlärm am US-Militärflughafen Erbenheim  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2014

Die Zahl der Flugbewegungen am US-Militärflughafen in Wiesbaden-Erbenheim nimmt zu. Grund ist die Verlegung des europäischen Headquarters der US-Army nach Wiesbaden. Die Anwohner klagen neben einer steigenden Fluglärmbelastung auch über eine Zunahme des Bodenlärms durch Triebwerksläufe bei Höchstlast. Dies geschieht insbesondere während der erhöhten Ruhezeiten. Unter dem stundenlangen Dröhnen von Hubschraubern leiden vor allem die direkten Anwohner.

Der Ausschuss möge beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten,

1. das Umweltamt damit zu beauftragen, die erforderlichen schalltechnischen Untersuchungen durch die am Boden und in Bodennähe befindlichen Geräuschquellen des Militärflugplatzes Wiesbaden-Erbenheim entweder durch Ausbreitungsrechnungen oder aber durch entsprechende Schallmessungen zu bestimmen und die Ergebnisse dem Ausschuss mitzuteilen.
2. gegenüber dem Bundesministerium für Verteidigung den Bau von Lärmschutzwänden bzw. Einhausungen einzufordern, damit der von den Hubschraubern/ Starrflüglern ausgehende Bodenlärm nachhaltig reduziert werden kann.

### 4. 14-F-33-0009

Sachstandsbericht zur Energiewende in Wiesbaden  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 22.01.2014

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich verpflichtet, bis zum Jahr 2020 einen Anteil von mindestens 20 Prozent am Primärenergiebedarf aus Erneuerbaren Energien zu decken. Die Energiewende in Wiesbaden kann dabei nur im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingen. Dabei soll diskutiert werden, welcher Energiemix in Wiesbaden genutzt werden kann. In der Stadtverordnetenversammlung vom 22. November 2012 wurde zum Ausbau der Windkraft in Wiesbaden unter Punkt 1d. beschlossen, dass „in die weiteren Standortprüfungen und Entscheidungen zur Errichtung von Windenergieanlagen auf dem Taunuskamm [...] die Öffentlichkeit durch eine regelmäßige und intensive Information und Kommunikation eingebunden [wird].“

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- wie sich der aktuelle Sachstand in Bezug auf das Projekt Windkraft auf dem Taunus-kamm darstellt.
- welche Einflussmöglichkeiten hierzu seitens der Stadt Wiesbaden bestehen.
- in welchem Umfang und mit welchem finanziellen Aufwand Maßnahmen zur Einbindung der Öffentlichkeit, wie beispielsweise im Rahmen des Bürgerforums „Erneuerbare Energien Wiesbaden“, in das Vorhaben Energiewende in Wiesbaden durchgeführt wurden und werden.

## 5. 14-F-08-0002

Bürgerversammlung zur Vorstellung der Risikoanalyse Industriepark InfraServ und Dyckerhoff  
Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 22.01.2014

Aufgrund der möglichen Risiken muss es möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern möglich sein, die Risikoanalyse vorgestellt zu bekommen und mit dem Magistrat darüber zu sprechen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- die Risikoanalyse auf der Homepage der Stadt Wiesbaden zum Download bereit zu stellen
- die Risikoanalyse im Rahmen einer Bürgerversammlung vorzustellen und
- den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern nach der Vorstellung die Möglichkeit eines Austausches mit Experten und dem Magistrat zu geben.

## 6. 14-F-33-0004

Energieberatung für Haushalte mit niedrigem Einkommen  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 15.01.2014

Der Koalitionsvertrag der 18. Legislaturperiode zwischen CDU, CSU und SPD sieht als Teil des *„Nationaler Aktionsplan Energieeffizienz“ (S.52)* unter anderem vor:  
*„Wir werden die kostenlose Energieberatung für Haushalte mit niedrigem Einkommen ausbauen.“*

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss zu berichten,

- 1. welche Angebote derzeit für Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger bestehen, Energieberatungen in Anspruch zu nehmen und
- 2. inwiefern unter diesen Möglichkeiten auch gebührenfreie Angebote bestehen, ob Erkenntnisse vorliegen, wie diese Möglichkeiten der Beratung in Wiesbaden angenommen werden sowie
- 3. zeitnah nach Vorlage eines Umsetzungskonzeptes seitens der Bundesregierung zur Erreichung der o.g. Ziele darzulegen, welche Auswirkungen sich für Wiesbaden durch den geplanten Ausbau ergeben werden.

## 7. 14-F-03-0001

Einladung eines Fluglärm-Experten zur Sondersitzung  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2014

Am 25. Februar findet eine gemeinsame Sitzung der Ausschüsse „Planung, Bau und Verkehr“, „Umwelt, Energie und Sauberkeit“ sowie „Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration“ zum Thema Auswirkungen der Standortverlegung des europäischen Hauptquartiers der US-Streitkräfte nach Wiesbaden statt. In dieser Sondersitzung werden auch Fragen der Fluglärmproblematik erörtert.

Der Kardiologe Prof. Dr. Thomas Münzel, Direktor der II. Medizinischen Klinik und Poli-klinik der Universitätsmedizin Mainz, hat in einer viel beachteten wissenschaftlichen Studie die gesundheitlichen Auswirkungen von Fluglärm untersucht.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

Hr. Prof. Dr. Münzel zu der Sondersitzung zum Thema Standortverlegung des europäischen US-Hauptquartiers am 25. Februar als Sachverständigen einzuladen.

## 8. 14-F-03-0002

AG Umweltgerechte Landwirtschaft - „Greening“ in Wiesbaden koordinieren  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2014

Im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) treten demnächst mit den „Greening“-Vorgaben für die Flächenzahlungen an Landwirte (Cross Compliance) neue Verpflichtungen zur Durchführung von Maßnahmen zur Förderung der Artenvielfalt in der Agrarlandschaft in Kraft. Betriebe mit mehr als 15 Hektar Ackerfläche müssen dann auf fünf Prozent der Flächen ökologische Vorrangflächen (ÖVF) einrichten. Die Liste der hierfür möglichen Maßnahmen umfasst sowohl Nutzungsextensivierungen als auch u.a. die Anlage ungenutzter Brach- und Blühstreifen. Die Umsetzung in hessisches Landesrecht wird im Laufe des Jahres 2014 erwartet.

Gleichzeitig wird auf Landesebene am „Hessischen Programm für Agrarumwelt- und Landschaftspflege-Maßnahmen (HALM)“ gearbeitet, das das bisherige „Hessische Integrierte Agrarumweltprogramm (HIAP)“ ersetzen wird. Mit dem Programm werden freiwillige Agrar-Umweltmaßnahmen finanziell gefördert.

Für den Erhalt der Artenvielfalt und den Erholungswert der Wiesbadener Kulturlandschaft ergeben sich große Chancen, wenn solche ökologischen Aufwertungsmaßnahmen sinnvoll koordiniert und im Rahmen eines Gesamtkonzepts so umgesetzt werden, dass die landschaftsplanerischen und naturschutzfachlichen Ziele der LHW bestmöglich unterstützt werden. Hierfür ist eine rechtzeitige und regelmäßige Abstimmung zwischen den örtlichen Landwirten, der kommunalen Umwelt- und Landwirtschaftsverwaltung und dem Amt für Ländlichen Raum (ALR) erforderlich.

---

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

eine Arbeitsgruppe „Umweltgerechte Landwirtschaft“ unter Beteiligung der kommunalen Fachämter, der örtlichen Landwirtschaft und des Amtes für den Ländlichen Raum ins Leben zu rufen mit der folgenden Zielsetzung:

- - regelmäßige Treffen (mindestens zwei Mal jährlich),
- - Information und Fortbildung für Landwirte zu den neuen „Greening“-Vorgaben der EU sowie zum neuen Hessischen Programm für Agrarumwelt- und Landschaftspflege-Maßnahmen (HALM) und ggf. weiteren Förderprogrammen für Agrar-Umweltmaßnahmen,
- - Abstimmung von Einzelmaßnahmen mit den landschaftsplanerischen und naturschutzfachlichen Zielsetzungen (z.B. Biotopvernetzung, Artenschutzmaßnahmen etc.) der Landeshauptstadt Wiesbaden.

**9. 13-F-03-0120**

Grünordnungspläne veröffentlichen  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2013  
- eingebracht in der Sitzung am 05.11.2013

**ANLAGE** - Bericht und Bericht

**11. 12-F-33-0004**

Floßhafen Kostheim  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0084 vom 07.05.2013  
Bericht des Magistrats

**ANLAGE** - Beschluss

**12. 13-F-33-0078**

Auswirkungen des VGH Urteils zur sog. „Südumfliegung“  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 18.09.2013  
- zurückgestellt in der Sitzung am 24.09.2013

**ANLAGE** - Beschluss

**13. 13-F-03-0104**

Auswirkungen des VGH-Urteils zur Südumfliegung  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.09.2013  
- Ziffern 2 - 4 des Antrages zurückgestellt in der Sitzung vom 24.09.2013

**ANLAGE** - Beschluss

**14. 14-V-01-0003**

Gutachten zur Reduzierung von Bodenlärm

**DL 06/14-1**

**15. 13-V-61-0044**

**DL 03/14-8**

Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfs "Osthafen, westlich des Hafenweges" im Ortsbezirk Schierstein  
- Satzungsbeschluss

**16. Verschiedenes**

## **Tagesordnung II**

**1. 13-V-36-0025**

**DL 03/14-4 NÖ**

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 31.10.2013

**2. 13-V-61-0029**

**DL 01/14-7, 45/13-6 , 43/13-3**

Liegenschaftsanforderung der US-Streitkräfte ID Nr. 3983 - Wiesbaden - Erbenheim

**3. 12-F-33-0102**

Pilotprojekt Akkubetriebener Laubbläser  
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0146 vom 27.08.2013

**ANLAGE** - Bericht

**4. Verteilung der Mittel aus der Tronc-Abgabe für den Bereich Umwelt 2013**

**ANLAGE**

**5. 14-V-67-0001**

**DL 06/14-2**

Fasanerie: Fuchs-Dachs-Anlage, Grundsatzgenehmigung und Spende

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.